

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Thema der Woche

- **Get Together der österreichischen EU-Abgeordneten und Vertretungen im Tirol-Büro** 2

Europäische Kommission

- **Kommission von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will** 3
- **Dürre in Europa: Mitgliedstaaten inigen sich auf von der Kommission vorgeschlagenen Unterstützungsmaßnahmen** 4
- **EU im weltweiten Agrar- und Lebensmittelhandel führend** 5
- **Mehrwertsteuerlücke: EU-Ländern entgingen 2017 Mehrwertsteuern in Höhe von 137 Mrd. EUR** 6

Europäisches Parlament

- **EU-Parlamentsausschuss billigt Christine Lagarde als EZB-Präsidentin** 7
- **Mehr als 8 Mio. EUR an EU-Hilfen nach Wetterschäden in Österreich** 8

Europäischer Rat

- **Tagung der EU-MinisterInnen für auswärtige Angelegenheiten** 9
- **Tagung der EU-VerteidigungsministerInnen** 9

Sonstiges

- **Besuch der Maturaklassen des Gymnasium Schwaz** 10
- **Besuch der BürgermeisterInnen des Bezirks Landeck** 11

Laufende Konsultationen	12
Tagesordnungen der Institutionen	13
Impressum	13

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Get Together der österreichischen EU-Abgeordneten und Vertretungen im Tirol-Büro



Am Mittwoch, den 11. September 2019, hat das Tirol-Büro als österreichische Ländervertretungen die neuen MEPs zu einem ersten Gedankenaustausch in die Gemeinsame Vertretung der Euregio eingeladen. Es hat sehr interessante Gespräche über die wichtigsten Themen wie

Transit, Tourismus, Berglandwirtschaft, Regionalpolitik, Forschung und Entwicklung, Umwelt, Industriepolitik, etc. gegeben. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Europäischen Parlament.



Europäische Kommission

Kommission von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will

Nachdem die designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestern die Liste der nominierten zukünftigen Kommissare vorgelegt hatte, gab sie am Dienstag, den 10. September 2019, die Portfoliozuteilung und damit einhergehend auch die Organisation der Arbeitsweise der nächsten Kommission offiziell bekannt. Die Struktur soll Ausdruck jener Schwerpunkte und Zielsetzungen sein, welche von der Leyen bereits in ihren Politischen Leitlinien bekanntgegeben hat.

An der Spitze stehen drei Leitmotive: der europäische „Grüne Deal“, ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist sowie eine Wirtschaft im Dienste der Menschen. Dafür nominiert von der Leyen auch drei exekutive Vizepräsidenten. Ziel der neuen Kommission ist es zudem, den Unionsbürgern sowie Unternehmen das Leben zu erleichtern. Durch den Grundsatz „One-in/one-out“ soll Bürokratie abgebaut werden: für jede neu erlassene Maßnahme soll eine bestehende aufgehoben werden.

Von österreichischer Seite wurde der bisherige Kommissar Johannes Hahn für eine dritte Amtszeit nominiert. Er wird künftig für die Themen „Haushalt und Verwaltung“ zuständig sein und der

Kommissionspräsidentin direkt untergeordnet sein. WKÖ-Präsident Mahrer gratulierte EU-Kommissar Johannes Hahn zum Schlüsselressort Budget und betonte, dass die designierte EU-Kommission ein Arbeitsprogramm entwickeln muss, das Europas Wirtschaft im globalen Wettbewerb wieder nach vorne bringt.

Im nächsten Schritt werden sich sämtliche Mitglieder des zukünftigen Kollegiums dem Hearing durch das Europäische Parlament stellen, welches letztlich seine Zustimmung zum Kollegium als Ganzes zu erteilen hat. Die Hearings finden voraussichtlich ab dem 30. September statt.

[Pressemitteilung der EU-Kommission](#)



Europäische Kommission

Dürre in Europa: Mitgliedstaaten einigen sich auf von der Kommission vorgeschlagenen

Am Mittwoch den 28. August 2019 haben die EU-Mitgliedstaaten einer Reihe von Unterstützungsmaßnahmen, die die Kommission im Juli 2019 vorgeschlagen hatte, zugestimmt. Durch die Maßnahmen sollen Landwirte, die aufgrund der Dürre in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, unterstützt werden.



Zu den Maßnahmen gehören die Möglichkeit höherer Vorauszahlungen und mehrere Ausnahmen von den Ökologisierungsvorschriften. So sollen Landwirte bei der Versorgung ihrer Tiere mit ausreichend Futter unterstützt werden. Betroffene Landwirte werden einen höheren Prozentsatz der Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abrufen können. Das ermöglicht Folgendes:

- Bereitstellung von bis zu 70 % ihrer Direktzahlungen ab Mitte Oktober;
- Bereitstellung von bis zu 85 % ihrer Zahlungen für die ländliche Entwicklung, sobald das Maßnahmenpaket Anfang September offiziell angenommen ist.

Außerdem werden Ausnahmen von bestimmten Ökologisierungsvorschriften gestattet, um mehr Futtermittel verfügbar zu machen. Das bedeutet, dass

- brachliegende Flächen als gesonderte Kultur oder als ökologische Vorrangfläche zu

betrachten, auch wenn diese Flächen abgeweidet oder zu Erzeugungszwecken abgeerntet wurden;

- Zwischenfrüchte als „Reinkultur“ (und nicht, wie derzeit vorgeschrieben, Mischkultur) anzupflanzen, wenn sie für die Beweidung/Futtererzeugung bestimmt sind;
- den Mindestzeitraum von acht Wochen für den Anbau von Zwischenfrüchten zu verkürzen, damit Ackerbauern ihre Winterkulturen rechtzeitig nach ihren Zwischenfrüchten aussäen können.

Das Maßnahmenpaket dürfte Anfang September offiziell angenommen werden.

[Artikel der EU-Kommission](#)



Europäische Kommission

EU im weltweiten Agrar- und Lebensmittelhandel führend

Ein Bericht, der am 5. September 2019 von der EU-Kommission veröffentlicht wurde, ergab, dass die EU weiterhin im weltweiten Agrar- und Lebensmittelhandel führend ist.

Die EU hält ihren Platz als weltgrößter Exporteur von Agrar- und Lebensmittelprodukten. Die Landwirtschaft schafft in der EU 44 Millionen Arbeitsplätze. Die wichtigsten Handelspartner bleiben die USA, gefolgt von China, der Schweiz, Japan und Russland, auf die 40% aller Exporte entfallen. Nach wie vor stehen Wein und Wermutwein auf der Liste der Exportprodukte ganz oben. Gefolgt werden sie von Spirituosen und Likören, Säuglingsnahrung und Lebensmittelzubereitungen, Schokolade, Teigwaren und Gebäck.

In Bezug auf Einfuhren geht aus dem Bericht hervor, dass die EU mit Einfuhren im Wert von 116 Mrd. EUR der zweitgrößte Einführer von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen ist. Damit beläuft sich die EU-Handelsbilanz für diesen Sektor auf ein positives Nettoergebnis von 22 Mrd. EUR.

Die EU bezieht hauptsächlich drei Arten von Produkten: Erzeugnisse, die in der EU nicht oder nur in geringen Mengen erzeugt werden, wie etwa

Tropenfrüchte, Kaffee und frische oder getrocknete Früchte (23,4 % der Einfuhren im Jahr 2018); Erzeugnisse, die zur Verwendung in Tierfutter bestimmt sind, einschließlich Ölkuchen und Sojabohnen (insgesamt 10,8 % der Einfuhren) und Erzeugnisse, die als Zutaten weiterverarbeitet werden (z. B. Palmöl).

Mit einem Anstieg um 10 % haben die Einfuhren aus den USA im Jahr 2018 am stärksten zugenommen und machen das Land zum wichtigsten Lieferanten von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen für die EU.

[Artikel der EU-Kommission](#)

[Handelsanalyse der EU-Kommission](#)



Europäische Kommission

Mehrwertsteuerlücke: EU-Ländern entgingen 2017 Mehrwertsteuern in Höhe von 137 Mrd. EUR

Laut einer am 5. September 2019 von der EU-Kommission veröffentlichten Studie entgingen den EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2017 Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 137 Mrd. EUR. Die sogenannte „Mehrwertsteuerlücke“ – d.h. die Differenz zwischen den erwarteten Mehrwertsteuereinnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag – verringerte sich im Vergleich zu den Vorjahren leicht, ist jedoch nach wie vor sehr groß.

Am größten war die Mehrwertsteuerlücke 2017 in Rumänien – dort entgingen dem Staat 36% der erwarteten Mehrwertsteuer. Es folgten Griechenland (34%) und Litauen (25%). Die geringsten Mehrwertsteuerlücken wurden in Schweden, Luxemburg und Zypern verzeichnet, wo durchschnittlich nur 1% der Mehrwertsteuereinnahmen verloren ging. Mit 8% liegt Österreich um 3 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt von 11%. In absoluten Zahlen entgingen dem österreichischen Staat 2,4 Mrd. EUR. Gründe für die Mehrwertsteuerlücke sind unter anderem Betrug, Steuerhinterziehung, Firmeninsolvenz und Misswirtschaft.

Die Studie über die Mehrwertsteuerlücke sind für die EU und die Mitgliedstaaten gleichermaßen relevant, da die Mehrwertsteuer einen wichtigen Beitrag sowohl zum Unionshaushalt als auch zu den nationalen Haushalten darstellt.

[Häufig gestellte Fragen zur Mehrwertsteuerlücke](#)
[Vollständiger Bericht](#)

Europäisches Parlament



EU-Parlamentsausschuss billigt Lagarde als EZB-Präsidentin

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) hat sich am Mittwoch den 4. September 2019 mit 37 Ja- bei 11 Nein-Stimmen für die frühere Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) als neue Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgesprochen.



Die gebürtige Pariserin soll am 1. November 2019 den Italiener Mario Draghi in seiner Position ablösen.

Vor der Abstimmung, die zwar nicht verbindlich ist, aber große politische Bedeutung hat, stellte sich die 63-Jährige den Fragen der EU-ParlamentarierInnen. In zwei Wochen soll dann das gesamte Plenum über die Berufung abstimmen.

Die frühere Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) kündigte in der Anhörung eine Weiterführung des geldpolitischen Kurses ihres Vorgängers Mario Draghi an. Sie stellte jedoch auch

eine stärkere Ausrichtung auf eine grüne Finanzpolitik sowie eine verständlichere Kommunikation in Aussicht.

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Mehr als 8 Millionen Euro an EU-Hilfen nach Wetterschäden in Österreich

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses haben am Dienstag zugestimmt, Österreich mit 8,15 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt bei der Behebung von Wetterschäden aus 2018 zu unterstützen.



Die Abgeordneten haben Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds in Höhe von insgesamt 293,5 Mio. EUR für Österreich, Italien und Rumänien nach den Naturkatastrophen im Herbst 2018 bewilligt. Der Hauptempfänger Italien erhält 277,2 Mio. EUR, Rumänien 8,2 Mio. EUR.

In Österreich waren Kärnten und Osttirol am stärksten von den Unwettern betroffen. Starke Regenfälle und Stürme führten zu Überschwemmungen von Gebäuden, erheblichen

Windschäden in Wäldern, Erdbeben und Stromausfällen, so die EU-Kommission.

Österreich erhält die EU-Hilfen als betroffener Nachbarstaat Italiens, wo dieselben Wettererscheinungen weitaus größerer Schäden angerichtet haben.

[Artikel des EU-Parlaments](#)

Europäischer Rat



Tagung der EU-MinisterInnen für auswärtige Angelegenheiten

Von 29. bis 30. August 2019 fand in Helsinki die informelle Tagung der EU-AußenministerInnen statt. Diskutiert wurden die Situation im Nahen Osten, der arktische Raum, hybride Bedrohungen sowie die regionale Zusammenarbeit mit den Partnern des westlichen Balkans.

Die Tagung wurde am Donnerstag den 29. August 2019 mit einer Debatte über hybride Bedrohungen begonnen. Unter hybriden Bedrohungen versteht man eine Kombination aus klassischen Militäreinsätzen, wirtschaftlichem Druck, Computerangriffen bis hin zu Propaganda in den Medien und sozialen Netzwerken. Die Abwehr hybrider Bedrohungen gehört zu den Schwerpunkten des finnischen Ratsvorsitzes. Danach wurde ein Gedankenaustausch über die Lage im erweiterten Nahen Osten geführt.

Am Freitag den 30. August 2019 tauschten sich die MinisterInnen über den arktischen Raum aus, dessen strategische Bedeutung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in Europa und global zunehmen wird. Außerdem fand gemeinsam mit

den AußenministerInnen der Westbalkanpartner eine Diskussion über die regionale Zusammenarbeit statt. Darüber hinaus wurde auch über die Waldbrände im Amazonasgebiet gesprochen.

Der finnische Außenminister Pekka Haavisto lud die Ministerinnen und Minister im Anschluss an die Außenministertagung zu einem Mittagessen, zu dem auch internationale Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger eingeladen waren. Dabei wurden ihre Ansichten zur aktuellen Situation sowie ihre Empfehlungen an die Ministerinnen und Minister sowie die EU gehört.

[Mehr Informationen](#)

Tagung der EU-VerteidigungsministerInnen

Von Mittwoch den 28. bis Donnerstag den 29. August 2019 fand in Helsinki die informelle Tagung der MinisterInnen für Verteidigung statt.

Gemeinsam mit ExpertInnen der NATO, der UNO sowie des privaten Sektors erörterten die EU-MinisterInnen die Chancen, die sich durch KI und andere neue Technologien eröffnen. Der finnische Vorsitz strebt eine Debatte über die Auswirkungen von Digitalisierung und KI für den Verteidigungssektor an.

Weiters führten die EU-MinisterInnen einen Gedankenaustausch über die

Verteidigungszusammenarbeit der EU aus drei verschiedenen Blickwinkeln: hybride Bedrohungen, maritime Sicherheit und Klimawandel.

Außerdem tauschte man sich über die Abwehr hybrider Bedrohungen und maritime Sicherheit aus.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Besuch des Maturaklassen des Gymnasiums Schwaz



Am Mittwoch, den 11. September 2019, besuchten die Maturaklassen des Gymnasiums Schwaz das Tirol-Büro in Brüssel. Trotz einer langen und anstrengenden Busreise zeigten sie sich interessiert

an aktuellen EU-Geschehnissen und haben ihre Meinungen und Fragen klar, deutlich und mit viel Engagement vorgetragen.



Sonstiges

Besuch der BürgermeisterInnen des Bezirks Landeck im Tiroler Verbindungsbüro



Am Donnerstag den 5. September 2019 waren die BürgermeisterInnen aus dem Bezirk Landeck mit Landtags-Vizepräsident Toni Mattle und Bezirkshauptmann Markus Maaß an der Spitze zu im

Rahmen ihrer Informationsreise durch Belgien und die EU-Institutionen zu Besuch im Tiroler Verbindungsbüro in Brüssel.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[EU-Steuerpolitik – Bewertung der Kommunikationskanäle](#)

Steuern

21. Juni 2019– 13. September 2019

[Evaluierung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und den Europäischen Sozialfonds](#)

Beschäftigung und Soziales

24. Mai 2019– 16. August 2019

[Sustainable batteries – EU requirements](#)

Binnenmarkt

13. Juni 2019– 8. August 2019

[Standard chargers for mobile phones](#)

Binnenmarkt

14. Mai 2019– 6. August 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger,

Martin Rigo

Abbildungsverzeichnis

<https://www.spiegel.de/fotostrecke/hitze-und-duerre-1540-katastrophe-in-europa-im-mittelalter-fotostrecke-116477.html>

<https://www.suedtirolnews.it/wirtschaft/eu-parlamentsausschuss-billigte-lagarde-als-ezb-praesidentin>